

Medienmitteilung vom 4. August 2014

Das Erziehungsdepartement ist gefordert!

Gemäss einer repräsentativen Umfrage des gfs.bern wünschen sich über $\frac{3}{4}$ der Befragten mehr politische Bildung an Schulen. Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern die Verantwortlichen des Erziehungsdepartements BS auf nun endlich zu handeln. Die Forderung der JFBS nach Staatskunde in der obligatorischen Schulzeit darf nicht mehr länger auf die lange Bank geschoben werden.

Die Ergebnisse der jüngsten Umfrage durch das gfs.bern bestätigten die Jungfreisinnigen Basel-Stadt in ihrer Haltung, dass politische Bildung besser in der schulischen Bildung verankert werden muss. Unverständlich bleibt aufgrund solch klarer Ergebnisse die Haltung des Erziehungsdepartements, welche die Forderung der Jungfreisinnigen nach einem Staatskundeunterricht stets ignorierte.

Die JFBS verfolgen ihr Anliegen nach einem Staatskundeunterricht intensiv und nahmen auch im Rahmen des Lehrplans 21 jeweils dezidiert dazu Stellung (siehe dazu: www.jfbs.ch/medienmitteilungen). Zuletzt fragten die JFBS via eine Interpellation von Mark Eichner (FDP) die Regierung hinsichtlich dem Stand eines Staatskundeunterrichts im Lehrplan 21 an (Dok.Nr. 14.5256.01). Leider verschob der verantwortliche Regierungsrat die Antwort bis zur Sitzung des Grossen Rats im September.

Wenn das Interesse der Jugendlichen an der Politik gesteigert werden soll, braucht es dazu konkrete Massnahmen und kann nicht mehr länger vom ED ignoriert werden. Zumal die Forderung nach mehr politischer Bildung an Schulen beim Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer (LCH) auf offene Ohren stösst, wie Beat W. Zemp, Präsident des LCH heute in einem Bericht der SRF Tagesschau bestätigte.

Die detaillierten Ergebnisse der Umfrage finden Sie auf der Seite des gfs.bern unter dem Titel: Politische Bildungsoffensive für alle und mehr Schlagkraft für den Bundesrat

Freundliche Grüsse
Jungfreisinnige Basel-Stadt

Weitere Auskünfte:
Carol Baltermia, 076 478 63 20
Präsident